

- Inhalt:
- Weihnachtsgeld 2007 – Demo hatte Erfolg
 - Im Gespräch mit der Justizministerin
 - Wir werden verraten und verkauft
 - Gedanken- und Erfahrungsaustausch...
 - Neues vom Rechtsschutz
 - RBerG wird RDG
 - Keine steuerliche Absetzbarkeit des Arbeitszimmers
 - Gewerkschaftliche Angebote
 - Kurz notiert

Solidarische Demo hatte Erfolg...

die Beamtinnen und Beamten erhalten in diesem Jahr Weihnachtsgeld im Höchstbetrag von **1040,- Euro**.

Ursprünglich sollte die Zahlung von Weihnachtsgeld gänzlich der Vergangenheit angehören. Dank der überwältigenden solidarischen Demonstration sämtlicher Gewerkschaften vor dem Landesparlament im Dezember 2006 konnte das Vorhaben von Herrn Speer gestoppt und das Ergebnis der Steuerschätzungen abgewartet werden.

Nun ist es heraus - **die Einnahmen des Landes rechtfertigen die Zahlung von Weihnachtsgeld**. Mit Skepsis sollte allerdings die Aussage „auf betriebsbedingte Kündigungen ab 2010 verzichten zu wollen“ betrachtet werden, denn es wäre nicht das erste Mal, dass Herr Speer wortbrüchig wird.

Der Landesvorstand **dankt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Justiz, die an dieser Demo persönlich teilgenommen haben.**

Im Gespräch mit der Justizministerin

Am 07. Mai 2007 führte der Vorstand mit der Justizministerin Frau Blechinger ein Gespräch zu folgenden Themen:

1. Umsetzung des Personaleinsparungskonzeptes und weitere Vorhaben
2. Stand zum „Konzept zur Reduzierung der Amts- und Arbeitsgerichte sowie des Pilotvorhabens der Grundbuchämter Zossen, Königs-Wusterhausen und Luckenwalde in Wünsdorf
3. Strukturveränderungen im Bereich der Sozialen Dienste
4. Übernahmeperspektiven der Rechtspflegeanwärter in der Justiz Brandenburg
5. Zusammenarbeit zwischen dem Land Brandenburg und der Republik Lettland
6. Informationen des Landesvorstandes zu politischen Bildungsvorhaben im Jahre 2007



Das ehrgeizige Ziel der Landesregierung ist es, ab 2010 keine Neuverschuldungen aufzunehmen und den Personalbestand in den öffentlichen Verwaltungen drastisch zu senken. Die entsprechenden Haushaltsverhandlungen beginnen in Juni 2007.

Die Justizministerin legte dar, dass durch Beschluss des Kabinetts auch für die Justiz **weitere Einsparziele von 185 Stellen** vorgegeben wurden.

Die Aufteilung dieser Stellen wird entsprechend der Personalbedarfsberechnungen auf der Grundlage von Pebbßy und prognostischer Überlegungen erfolgen.

Dabei ist im Ministerium bekannt, dass die Pebbßy -Erhebungen nicht in allen Sachgebieten den tatsächlichen Bedarf ermittelt haben und es dadurch zu beträchtlichen Personalverschiebungen kommen kann. Eine Korrektur bzw. Nacherhebung ist vorgesehen, wird aber voraussichtlich erst im Jahre 2008 auf Bundesebene erfolgen.



Nicht in die neuerlichen Personaleinsparzwänge werden der Geschäftsbereich der Generalstaatsanwaltschaft und die Sozialgerichte des Landes einbezogen.

Versetzungen in diese Geschäftsbereiche werden angestrebt, da hier Mangel an Personal besteht. Die Erfüllung der gleichen Aufgaben in einigen Gebieten mit weniger Personal wird dabei nicht zu verhindern sein. Um Überlastungen des Personals zu verhindern oder zu schmälern, ist an die Veränderung bzw. **Vereinfachung der Arbeitsaufgaben** bisher noch **nicht gedacht**.



Frau Blechinger stellte abermals fest, dass sie nur auf Veranlassung der Landesregierung die Prüfung zur Reduzierung der Gerichte vorgenommen hat. Zum Stand des Konzeptes zur Reduzierung der Amts- und Arbeitsgerichte erklärte sie, dass eine endgültige Abstimmung mit dem Finanzministerium bisher nicht erfolgt ist, da sie an dem vorgelegten Zwischenkonzept des MdF Bedenken angemeldet hatte und die Rückgabe der Überarbeitung bisher nicht erfolgt ist. In Abstimmung mit dem Finanzminister wurde davon abgesehen, das Zwischenkonzept öffentlich zu machen.

Hinsichtlich des bekannten **Schicksals des AG Zossen (Aufteilung in die AG Königs-Wusterhausen und Luckenwalde)** sind sich die Justizministerin und der Finanzminister einig. Für den **Fortbestand des Arbeitsgerichts Senftenberg** in Senftenberg sieht Frau Blechinger wegen der gesunkenen Eingangszahlen von 45 % **keinen Grund**.

Die Unterbringung in dem Amtsgericht Senftenberg wird nicht angestrebt.

Unser Kommentar im Ergebnis: Wer klagen will – muss fahren!!

Solange der Reduzierungswille der Minister nicht durch die Abgeordneten des Landtages mitgetragen wird, ist eine Entscheidung noch nicht verbindlich getroffen. Die Berechnungsgrundlagen zur Begründung der Unwirtschaftlichkeit einiger Gerichte wurden bisher nicht vorgelegt.

Darauf jedoch werden unsere geschärften Blicke gelenkt!

Die Landesvorsitzende erläuterte, dass die Unterschriftenaktion der DJG, bei der innerhalb eines Monats insgesamt 40.000 Unterschriften zum Erhalt der Amts- und Arbeitsgerichte eingesammelt wurden, u. a. auch die Wertstellung der Bevölkerung zu **ihrem Amtsgericht** offenkundig machte und dass diese Vertrauensbekundung der Bürger zur Justiz ein wesentliches Indiz dafür sind, dass die Erreichbarkeit der Justiz und damit die Rechtssicherheit für die Bevölkerung von großer Bedeutung sind.



Die neue Struktur der „Sozialen Dienste“ in der Justiz kommt. Ein Sachgebietsleiter, der die Bezeichnung „**Beauftragter Sprecher der Sozialen Dienste**“ führen wird, ist beim OLG angesiedelt und übt u. a. die Fachaufsicht aus.

Die formelle Versetzung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Sozialen Dienste an das OLG wird zwangsläufig erfolgen müssen. Der Zeitpunkt ist noch unklar, könnte aber voraussichtlich im Herbst 2007 sein.

Privatisierungsbestrebungen oder Privatisierungsabsichten gibt es nicht.

Verbeamtungen werden nur noch in notwendigen Fällen (Prüfung der hoheitlichen Kernaufgaben) durchgeführt, z. B. in den JVA oder bei den Sozialarbeitern in den JVA. Diese Entscheidung hat wesentlich damit zu tun, dass die Beamtenpensionen bis zum Jahr 2015 auf das 17fache steigen und diese in den Personalhaushalt eingeplant werden müssen.

Rücklagen für die Pensionierungen wurden bisher nicht gebildet, da das Land in hoher Verschuldung jährlich Kredite aufnehmen musste.



Eine Übernahme der in diesem Jahr ihre Ausbildung abschließenden 10 Rechtspflegeranwärter erfolgt nicht. Die befristete Einstellung für 1 Jahr kann in einzelnen Fällen durchaus möglich sein.

Gegenwärtig wird in Zusammenarbeit mit dem Finanzminister ebenfalls geprüft, ob die Qualifizierung der Kolleginnen/Kollegen aus dem mittleren Dienst zur Übernahme von Aufgaben des gehobenen Dienstes sinnvoll ist.

Die Landesvorsitzende informierte über die Kontaktaufnahme zu dem Vorsitzenden der „Gewerkschaft der Staatsbediensteten“ der Republik Lettland und dem ersten offiziellen Besuch einer DJG -Delegation bei den Justizbediensteten sowie dem Leiter der „Sozialen Dienste“ und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Riga.

Das Interesse an diesen Kontakten, dem Erfahrungs- und Gedankenaustausch untereinander und deren Vertiefung wurde deutlich von beiden Seiten bekundet und wird fortgesetzt.

Im Rahmen der politischen Bildung ihrer Mitglieder wird der Landesverband in Zu-

sammenarbeit mit der Friedrich-Naumann-Stiftung in Potsdam noch in diesem Jahr – voraussichtlich im Herbst - die „**Politische Runde**“ beginnen.

Dabei handelt es sich um eine Veranstaltung, in der unsere Bediensteten mit Politikern aus der Landes- und Bundespolitik zu den sie interessierenden Fragen und Problemen zwanglos ins Gespräch kommen können.

Frau Blechinger hat ihre Bereitschaft zur Teilnahme an der ersten „**Politischen Runde**“ erklärt.

Wir werden verraten und verkauft

Zu den unsinnigen Sparplänen der Landesregierung

So dominant und die Sonderstellung der Justiz im Lande missachtend, wie in keinem anderen Bundesland, mischt sich der Finanzminister Speer in die Belange der brandenburgischen Justiz ein. Scheinbar widerstandslos passieren seine Rundumschläge unsere Justizministerin und das Kabinett – **sein Wille geschehe!**

Dabei geht es nicht wirklich um die Einsparung von Steuergeldern sondern darum, den eigenen politischen Willen durch- und umzusetzen – **koste es, was es wolle!**

Immer deutlicher kommt dies beispielhaft an den Vorhaben der Justizakademie



Kolpin (bald in Königs-Wusterhausen), dem Bauzustand des Land- und Amtsgerichtsgebäude in Frankfurt (Oder) sowie dem beharrlichen Festhalten an dem Konzept zur Reduzierung der Amts- und Arbeitsgerichte zutage.

Wir erinnern uns:

I.

Trotz jahrelangen Bemühens der DJG, der Beschäftigten und der jeweiligen Minister (Schelter und Richstein) das „**Kleinod Kolpin**“ für die Fortbildung unserer Justizbediensteten zu erhalten, setzte sich der Finanzminister durch. Unsere Justizakademie Kolpin fiel zugunsten des Neubaues der Fortbildungsstätte des Finanzministeriums in Königs-Wusterhausen zum Opfer und wurde einverleibt.

Bedingung war, dass die Justiz in dem großen Komplex Königs-Wusterhausen selbst- und eigenständig in der Fortbildung, in der Unterbringung der Teilnehmer und im Freizeitbereich bleiben sollte und die Errichtung einer für die Durchführung des Justizwachtmeister-Fitness-Trainings so dringend benötigter Turnhalle entstehen sollte.

Der gegenwärtige Sachstand sieht so aus, dass

**J
u
s
t
i
z
a
k
a
d
e
m
i
e**

1. die **Mitbenutzung der Schulsportturnhalle** in den Sommermonaten angedacht ist, ein **Turnhallenneubau liegt in weiter Ferne**. Wo unsere Justizwachtmeister im Winter ihr Fitnessstraining abhalten werden, ist noch unklar;
2. die Unterbringung unserer **Teilnehmer in Einzelzimmer mit eigener Dusche** nicht garantiert werden kann. Es gibt Einzelzimmer, die jeweils zu zweit 1 Dusche benutzen müssen. **Das ist eine deutliche Verschlechterung zu Kolpin und greift in unangemessener Weise in den Intimbereich der Teilnehmer ein;**
3. die Teilnehmer voraussichtlich keine eigene Räumlichkeit zum Treffen nach Feierabend erhalten werden. Der Gedanken- und Erfahrungsaustausch sowie das Kennenlernen der Teilnehmer aus den unterschiedlichen Dienststellen der Justiz unseres Landes war eine nicht zu unterschätzende Bereicherung und wird nun eingeschränkt oder gar unterbunden;
4. die Zukunft der landeseigenen Liegenschaft der Justizakademie in Kolpin ist bisher nicht geklärt – **entsteht hier eine weitere Ruine der Landesregierung??**

II.

Mit hohem finanziellen Aufwand wurde für das Land- und Amtsgerichts in Frankfurt (Oder) ein neues gemeinsames Gebäude errichtet und von den Bediensteten bezogen. Seit 1 Jahr beklagen die Beschäftigten die Raumluftsituation in den Büroräumen und gesundheitliche Beschwerden. Nach umfangreichen Untersuchungen und Begutachtungen liegt die Erkenntnis auf dem Tisch, dass die gemessenen Styrolwerte und die dem Bodenbelag (Linoleum) zuzuordnende Summe flüchtiger organischer Stoffe Anlass für die Beeinträchtigungen der Beschäftigten sein könnten und

zur Durchführung von Sanierungsarbeiten in einigen Räumen führten.

Danach lagen die Ergebnisse unterhalb des seit 2003 geltenden Richtwertes für Baustoffe.

Die generelle Durchführung der Sanierungsmaßnahmen würde die weitere Beeinträchtigung der Bediensteten auf ein im täglichen Leben zutreffendes Maß zurückführen und wird deshalb Schritt für Schritt bei laufendem Tagesbetrieb durchgeführt.

Diese notwendige Sanierung setzt die Räumung der Halbetagen voraus und wird den Tagesbetriebes und den täglichen

Arbeitsablauf erheblich stören. Dies wiederum wird ein großes Engagement und

zusätzlichen persönlichen Einsatz der Bediensteten erfordern.

Bei sach- und qualitätsgerechter Durchführung der Arbeiten am Bau und deren Kontrolle wären diese zusätzlichen finanziellen Belastungen dem Landeshaushalt und unseren Bediensteten erspart geblieben.

Heimlich, still und leise werden diese Gelder nun - vorbei am Parlament - ausgegeben.

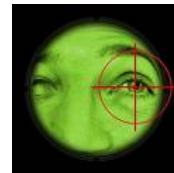
Dabei brauchen unsere Justizwachtmeister so dringend eine Turnhalle!

III.

„Reduzierungen um jeden Preis – koste es, was es wolle“ mit dieser Devise, so scheint es, wird der Rotstift angesetzt und an dem Konzept zur Reduzierung der Amts- und Arbeitsgerichte festgehalten. Ob die Reduzierungen tatsächliche Einsparungen bringen, ist bisher nur behauptet. Gutachten oder Werteberechnungen sind noch nicht vorgelegt worden. Darauf warten nicht nur die DJG und ihre Mitglieder, sondern auch alle im Sprecherrat vereinten Mitglieder, der sich zum Erhalt der Gerichte in Potsdam gegründet hatte.

Das Fehlen dieser Unterlagen scheint die Ursache dafür zu sein, dass die offizielle Verkündung, welche Gerichte aus der Justizlandschaft unseres Landes ausradiert werden sollen, nicht – wie angekündigt – bis Ende März 2007 vorgelegt wurde.

Wir bleiben nach wie vor dran!



In Schildbürgerstreiche und „In-Sand-Setzungen“ kennt sich unsere Landesregierung bestens aus, wir müssen sie daran hindern!!!

Gedanken- und Erfahrungsaustausch zwischen den Justizbediensteten aus unterschiedlichen Ländern

Der Landesverband Brandenburg sieht es im Rahmen seiner gewerkschaftlichen Arbeit als eine herausfordernde Aufgabe an, seinen Mitgliedern den Gedanken- und persönlichen Erfahrungsaustausch mit Justizbediensteten aus Ländern der Europäischen Union näherzubringen und diesen auch zu ermöglichen.

Nur durch persönliche Begegnungen und Kontakte, dem Gedankenaustausch vor Ort, dem Kennenlernen unterschiedlicher Verwaltungs- und Organisationsstrukturen, der Arbeitsaufgaben und –abläufe sowie der Lebensbedingungen der Menschen und der politischen und gewerkschaftlichen Strömungen in den unterschiedlichsten Ländern, werden zwischen den Menschen nicht nur das Interesse, die Toleranz und das Verständnis, sondern auch die Achtung und der Respekt zueinander gestärkt, bestehende Ängste und Barrieren abgebaut und der europäische Gedanke mit Leben erfüllt.

Aus diesem politischen Bildungswillen seiner Mitglieder heraus, pflegt der Landesvorstand seit Jahren gute Kontakte zu den Justizbediensteten und der „Gewerkschaft des öffentlichen Dienstes“ der Republik Österreich. Gegenseitige Besuche, Austausch von Erfahrungen und Seminare bilden einen festen Bestandteil im gewerkschaftlichen Leben unserer Verbände.

Seit dem 1. Mai 2004 gehört auch die Republik Lettland der EU an.

Grund genug für den Landesvorstand, im Dezember 2006 den Kontakt zu dem Vorsitzenden der „Gewerkschaft der lettischen Staatsbediensteten“ Herrn Andrejs Jirgensons aufzunehmen, und im April 2007 eine erste persönliche Kontaktaufnahme zu den Justizbediensteten in der Hauptstadt Riga zu wagen.

Die **Landesvorsitzende Sabine Wenzel** und die **Fachgruppenvertreterin der Sozialen Dienste, Barbara Langer** erhielten einen umfangreichen Einblick in die Arbeit und in die Probleme der Sozialen Dienste in Lettland und besichtigten ein Projekt des Wiedereingliederungszentrums „Ratnieki“ in Jurmala.



Auf dem Gebiet des „Täter-Opfer-Ausgleichs“ beabsichtigen die lettischen Kollegen, Erfahrungen aus Kanada einzuholen und vor Ort umzusetzen, ein ebenso spannendes wie einzigartiges Vorhaben.

Es ist geplant, insgesamt 150 Mitarbeiter bei einer Einwohneranzahl von insgesamt 2,3 Mio und einer Fläche von 64.589 km², wovon etwa 40 % bewaldet sind, einzustellen.

Eine erstaunliche Ausstattung, wenn man bedenkt, dass bei uns insgesamt 105 Mitarbeiter auf einer Fläche von 29.477 km² und 2,6 Mio Einwohner diese Arbeit zu bewältigen haben.

Gerne, so der Leiter des Integrationsamtes Herr Aleksandrs Dementjevs, können Praktikanten aus Brandenburg in seinem Amte ihre Erfahrungen aus Brandenburg einbringen und gemeinsam an dem Aufbau der „Sozialen Dienste Lettlands“ mitwirken und möglicherweise auch gute Vorschläge und Arbeitsweisen nach Brandenburg bringen.

Seit 2 Jahren erst ist es den lettischen Staatsbediensteten erlaubt, sich gewerkschaftlich zu vereinen. Davon wird nun – auch in der Justiz – reger Gebrauch gemacht.

Der Landesverband Brandenburg hat seine Unterstützung und tatkräftige Hilfe zugesagt und geht davon aus, dass es zwischen den Justizbediensteten beider Länder zu einem engen und regen Kontakt kommen wird.

Übrigens: Die Amtssprache ist Lettisch – aber mit Russischkenntnissen kommt man gut zurecht.

Ein Gegenbesuch ist bereits in Planung.

Neues vom Rechtsschutz

Die Nachzahlungen bezüglich des § 4 der BesÜV dürften ja mittlerweile an alle betroffenen Mitglieder ausgezahlt worden sein und für eine riesige Freude in den einzelnen Familien geführt haben. ENDLICH MAL WAS POSITIVES.



Mittlerweile wird durch den dbb geprüft, ob die sog. Bereichsrechtspfleger, die ihr Aufbaustudium im „Westen“ gemacht haben, auch in den Genuss der 100 % kommen.

Weiterhin hat der DJG Vorstand Kontakt zu einer Anwältin in Ludwigsfelde aufgenommen. Frau Kahl hat sich intensiv mit dem neuen Tarifvertrag auseinander gesetzt und Ihre Hilfe angeboten. Es wurde mit ihr vereinbart, dass sie unseren Mitgliedern auf Kosten der DJG - sozusagen als Extrabonus -, helfen wird, wenn Probleme mit dem Tarifvertrag (Eingruppierung etc.) auftreten.

Grundsätzlich gilt aber, dass die DJG die Kosten für einen Rechtsanwalt nach eigener Wahl nicht übernehmen kann. Für die Mitglieder der DJG ist der dbb Dienstleistungszentrum Ost in Berlin zuständig.



Alle Rechtssuchenden wenden sich bitte immer **zuerst** an

Andrea Müller, Dorfstraße 20, 03253 Trebbus oder unter 035322 – 32 555 oder 0170 516 32 79.

Der Antrag wird geprüft und dann weitergeleitet.

Aus alt – Rechtsberatungsgesetz - wird neu Rechtsdienstleistungsgesetz.

Am 6. September 2004 hat das Bundesministerium der Justiz (BMJ) den Diskussionsentwurf eines Gesetzes zur Neuregelung des Rechtsberatungsrechts vorgelegt. Das Gesetz über außergerichtliche Rechtsdienstleistungen (Rechtsdienstleistungsgesetz – RDG) soll zukünftig das Rechtsberatungsgesetz (RBerG) ersetzen. Das aus dem Jahr 1935 stammende Rechtsberatungsgesetz, das seinerzeit auch erlassen wurde, um jüdische Juristen von der Rechtsberatung auszuschließen, steht schon lange in der Kritik. Auch die EU übt Kritik an der Monopolsituation für Rechtsanwälte in Deutschland.

Am 01.02.2007 sagte Bundesministerin Zypries im Deutschen Bundestag dazu folgendes: "Mit dem RDG schaffen wir eine europarechts- und verfassungskonforme Regelung, mit der wir uns klar dazu bekennen, das Anwaltsmonopol für den gesamten Kernbereich rechtlicher Dienstleistungen grundsätzlich beizubehalten. Dies betrifft einerseits die Vertretung vor Gericht, die auch künftig in Anwaltshand gehört. Aber auch außergerichtliche Rechtsdienstleistungen sollen im Grundsatz den Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten – also den unabhängigen Beratern und Vertretern in allen Rechtsangelegenheiten – vorbehalten bleiben".

Nichts desto trotz muss jedoch derjenige, der umfassend rechtlich beraten will, nach wie vor Volljurist sein, quasi das erste und zweite Staatsexamen absolviert haben.

Inkrafttreten soll das RDG voraussichtlich Mitte des Jahres 2007, einer Zustimmung durch den Bundesrat bedarf es dabei nicht.

Nach Sicht des Finanzministeriums haben Richter keinen Arbeitsplatz zu Hause

Nach dem Steueränderungsgesetz ist künftig unter anderem den Richtern die Möglichkeit genommen, das häusliche Arbeitszimmer steuerlich abzusetzen. Es bleiben lediglich noch Anschaffungen für PC und Fachliteratur.

**R
B
e
r
G**
**—
=
—**
**R
D
G**

Zwar mehren sich Gutachten, die die künftige Regelung der steuerlichen Nichtabsetzbarkeit des häuslichen Arbeitszimmers für verfassungswidrig halten, doch scheint dies dem Bundesfinanzministerium egal zu sein. Die DJG empfiehlt jedoch, auch 2007 das häusliche Arbeitszimmer steuerlich geltend zu machen und anschließend ggf. Einspruch gegen die Ablehnung einzulegen und die Entscheidung des Verfassungsgerichtes abzuwarten.

Unsere umfangreichen gewerkschaftlichen Angebote

Dem Landesvorstand ist sehr daran gelegen, seinen Mitgliedern, und solche die es werden wollen, vielseitige politisch-kulturelle Weiterbildungs- und Freizeitangebote anzubieten und damit den Teamgeist und die Verbundenheit untereinander zu fördern.

Wie in jedem Jahr bildete auch im Januar 2007 die „**Rauschende Ballnacht des Öffentlichen Dienstes in Wien**“ den ersten kulturellen gewerkschaftlichen Höhepunkt in unserem Landesverband. Insgesamt 20 DJG-Mitglieder aus Brandenburg wurden durch den Vorsitzenden der Gewerkschaft des Öffentlichen Dienstes der Republik Österreich Herrn Fritz Neugebauer sehr herzlich begrüßt und willkommen geheißen.

Tanzend in das Neue Jahr, diese gute Tradition wird auch in den kommenden Jahren fortgeführt.

Die Einladung der **Bundestagsabgeordneten Frau Andrea Voßhoff** zum **Besuch des Deutschen Bundestages und des Kanzleramtes am 28. Februar 2007** in Berlin wurde durch unsere Mitglieder und politisch interessierte Justizbedienstete mit großem Interesse angenommen.

Das Tagesprogramm mit einer Stadtrundfahrt durch Berlin, der Besichtigungen des Kanzleramtes und der Teilnahme an der Zeremonie zum Empfang eines Staatsbesuches im Kanzleramt, dem Fotoshooting mit der Bundeskanzlerin Merkel sowie der Teilnahme an einer Plenarsitzung im Deutschen Bundestag mit anschließendem Kuppelrundgang und gemeinsamen Abendessen beim „Italiener“ war äußerst ausgewogen, interessant und beeindruckend.

Allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern hat dieser „**Ausflug in die Bundespolitik**“ sehr gefallen.



Unser Dank gilt der Abgeordneten Frau Voßhoff für die gute Organisation und ihr Gesprächsangebot mit unseren Mitgliedern.

Die **Landesvorsitzende Sabine Wenzel** organisierte und begleitete unsere **Azubis am 09. März 2007** ebenfalls in den **Deutschen Bundestag**. Für unsere Auszubildenden war dies der erste persönliche Kontakt mit der Bundespolitik.



Dem Landesvorstand ist es gelungen, auch in diesem Jahr über die **Europaabgeordneten Fahrten in das Europäische Parlament nach Straßburg** zu organisieren.

So haben im **Mai 2007 insgesamt fünf** und im **Juli insgesamt fünfundvierzig DJG - Mitglieder** die Möglichkeit, die Arbeit unserer Europaabgeordneten direkt in Straßburg zu erleben, mit ihnen ins Gespräch zu kommen sowie die Metropole der Europäischen Machtzentrale persönlich kennenzulernen.

Über die Erlebnisse werden wir ausführlich berichten.

Kurz notiert

- Politische Runde

Die erste „**Politische Runde**“, in der sich Landes- und Bundespolitiker den Fragen unserer Mitglieder stellen, wird in Zusammenarbeit mit der Friedrich-Naumann-Stiftung nach den Sommerferien beginnen. Der genaue Termin wird rechtzeitig bekanntgegeben – um rege Teilnahme an dieser Veranstaltung, die in Potsdam in der Truman-Villa am Griebnitzsee stattfindet – wird schon jetzt geworben.

- Ausflug ins Benediktiner-Kloster

Wer hat Lust und Interesse daran, das **Benediktiner-Kloster in Alexanderdorf** kennenzulernen? Seit 1947 besteht in Alexanderdorf (Kreis Teltow-Fläming) das Kloster der Benediktiner, in dem 32 Nonnen ihr Leben gestalten. Was veranlasste die Frauen, sich lebenslänglich den Regeln von Benedikt zu unterwerfen und um welche Regeln handelt es sich? Womit verdienen die Nonnen ihren Lebensunterhalt und wie gestaltet sich das Leben im Kloster?

Auf diese und weitere Fragen geben die Nonnen gerne Auskunft und gestatten interessierten Besuchern gerne einen Einblick in das klösterliche Leben in Alexanderdorf.

Wer ist an einer derartigen Veranstaltung interessiert?

Interessenten melden sich bitte bei Sabine Wenzel. Die Veranstaltung wird organisiert, wenn sich mindestens 20 Teilnehmer melden.

-

Der



neuer Vorstand

Bund Deutscher Rechtspfleger hat einen neuen Vorstand gewählt und bereits signalisiert, dass er die Zusammenarbeit mit der DJG anstrebt.

Herzlichen Glückwunsch den gewählten Interessenvertretern.

**Was können wir verändern oder verbessern? Was kommt zu kurz?
Eure Meinung ist uns wichtig.**



DJG Vorsitzende: Sabine Wenzel,
Goethestrasse 28,
15834 Rangsdorf.
e-mail : wenzelsabine@t-online.de